

### **Bericht und Abänderungsantrag**

des Rechtsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 442) betreffend "Starke Wirtschaft. Starkes Land": Flexibilisierung statt neue Steuern (Zahl 21 - 302) (Beilage 471).

Der Rechtsausschuss und der Wirtschaftsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend "Starke Wirtschaft. Starkes Land": Flexibilisierung statt neue Steuern, in ihrer 05. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 22. Juni 2016, beraten.

Landtagsabgeordneter Mag. Wolf, M.A. wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Mag. Wolf, M.A. den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Antrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Hergovich stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Hergovich gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Wirtschaftsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend "Starke Wirtschaft. Starkes Land": Flexibilisierung statt neue Steuern, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Hergovich beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 22. Juni 2016

Der Berichterstatter:

Mag. Wolf, M.A. eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses  
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:  
Dr. Rezar eh.

*Herrn  
Präsidenten des Bgld. Landtages  
Christian Illedits  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 22. Juni 2016

### **Abänderungsantrag**

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár,  
Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag 21 - 302, welcher  
abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

**Entschließung**  
**des Burgenländischen Landtages vom ..... betreffend**  
**„Starke Arbeitnehmer. Starke Wirtschaft. Starkes Land“.**

Die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt stehen durch neue Technologien und den damit verbundenen Veränderungen vor großen Herausforderungen. Auf diese Veränderungen muss die Politik entsprechend reagieren, die vorhandene Arbeit auf viele Schultern verteilen und das hervorragende österreichische Sozialsystem möglichst breit finanzieren, um es auch in Zukunft auf dem hohen österreichischen Niveau erhalten zu können.

Eine „Flexibilisierung“ nach dem Motto „mehr arbeiten für weniger Geld“, als finanzielle und gesundheitliche Mehrbelastung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ist hingegen abzulehnen. Überstunden dürfen nicht die günstige Alternative zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen sein und müssen weiterhin entsprechend gut bezahlt werden. Eine Bagatellisierung von Überstunden, gefolgt von einer Konzentration von Arbeit auf wenige Arbeitnehmer und einem zusätzlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit, kommt nicht in Frage.

Die österreichischen Unternehmen sind durch ein Entbürokratisierungspaket zu entlasten, etwa durch die Entrümpelung der Gewerbeordnung.

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist als Instrument zur Armutsbekämpfung mit Anreiz zur Aufnahme von Erwerbsarbeit gedacht und soll das auch bleiben. Kinderarmut muss auch bei großen Familien weiterhin bekämpft werden.

Um den Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu begegnen, braucht Österreich weiterhin den Interessensausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessensgruppen, insbesondere zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Gewerkschaften sind, neben der Arbeiterkammerkammer, das unverzichtbare Sprachrohr der Arbeitnehmer und sorgen nicht nur auf Sozialpartner-Ebene, sondern auch in den einzelnen organisierten Betrieben dafür, dass die Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigt werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zur Notwendigkeit von Gewerkschaften als Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie als Teil der Sozialpartner.

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und sich dafür einzusetzen,

1. durch Entbürokratisierung z.B. der Gewerbeordnung die Wirtschaft, insbesondere die Klein- und Mittelbetriebe zu entlasten,
2. gleichzeitig den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein gesundes Altern im Job ohne zusätzliche Belastungen zu ermöglichen,
3. die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen
4. sowie die Bedarfsorientierte Mindestsicherung so zu gestalten, dass einerseits Anreize bestehen, einer Beschäftigung nachzugehen, und andererseits Familienarmut wirksam bekämpft wird.